

# ÜBER

Nr. 4 / 2023

Zeitschrift des Informations- und  
Dokumentationszentrums für  
Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen

# BLICK



## Die Normalisierung extrem rechter Positionen in Krisenzeiten

Die neue „Mitte-Studie“ der FES - Aktuelle Zahlen  
zur Normalisierung des extrem rechten Diskurses

---

Die Notwendigkeit einer  
pädagogischen Auseinandersetzung  
mit Ungleichwertigkeitsideologien  
in rassifizierten Communities

---

**IDA-NRW**

Informations- und Dokumentationszentrum  
für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen



**Die Normalisierung extrem rechter Positionen in Krisenzeiten**

**Die Mitte auf Distanz zur Demokratie? Die neue „Mitte-Studie“ der FES - Aktuelle Zahlen zur Normalisierung des extrem rechten Diskurses** **3**  
Franziska Schröter

**Die Notwendigkeit einer pädagogischen Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien in rassifizierten Communities** **8**  
Saloua Mohammed

**Neues von IDA-NRW** **13**

**Infos** **14**

**Termine** **16**

**IMPRESSUM**

**Überblick**  
Ausgabe 4/2024, 29. Jahrgang  
ISSN 1611-9703

**Herausgegeben vom**  
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW)  
Volmerswerther Str. 20 · 40221 Düsseldorf  
Tel: 02 11 / 15 92 55-5  
Info@IDA-NRW.de  
www.IDA-NRW.de

**Redaktion**  
Karima Benbrahim, Roxana Gabriel

**Online-Ausgabe**  
www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Ausgabe 1/2024: 1. März 2024

Liebe Leser\*innen,

Nach dem terroristischen Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 befindet sich unsere Gesellschaft in einem Schockzustand. In Deutschland ist die antisemitische Gewalt alarmierend hoch. Jüdische Menschen fühlen sich nicht sicher im Alltag. Gleichzeitig werden Muslim\*innen unter Generalverdacht gestellt und angefeindet. Seit Wochen sind migrationsfeindliche und rassistische Debatten von Politiker\*innen als reflexhafte Reaktion auf Antisemitismus zu beobachten. Antisemitismus ist ein virulentes und strukturelles Problem der Gesamtgesellschaft. Es gibt keine Gruppe, kein Handlungsfeld, kein soziales Milieu, welches frei von antisemitischen Einstellungen ist. So muss Antisemitismus gesamtgesellschaftlich (in rechten, linken, rassifizierten, christlichen und muslimischen Communities) bekämpft werden. Dabei von einem „importierten“ Antisemitismus zu sprechen, zeugt zum einen von Unwissenheit über die Genese und Geschichte des Antisemitismus, und lässt sich darüber hinaus funktional als eine Form der Schuldabwehr einordnen.

Auch der vor diesem Hintergrund geäußerte Appell Habecks an Muslim\*innen, sich von Antisemitismus zu distanzieren, impliziert pauschal eine Nähe von Muslim\*innen zu Antisemitismus, während der Nachsatz, „um nicht ihren eigenen Anspruch auf Toleranz zu unterlaufen“ die Frage aufwirft, wie Muslim\*innen den Generalverdacht gegen sie entkräften sollen, während dieser im politisch-medialen Diskurs immer wieder reproduziert wird. Die Aussage ist vor allem aber auch höchstproblematisch, weil ein Rechtsstaat alle Bürger\*innen ohne Vorleistung vor rechtsextremem, rassistischem und antisemitischer Gewalt schützen muss. Einen ähnlich suggestiven Ton schlägt der Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms an, an dem sich ablesen lässt, wie die Zugehörigkeit von Muslim\*innen zu Deutschland stets unter Vorbehalt gestellt wird. An dieser wiederholten Fixierung auf Muslim\*innen im Kontext auch der Äußerungen von Parteivertreter\*innen lassen sich die Versuche der bürgerlichen Mitte erkennen, sich frei zu machen vom eigenen Antisemitismus. Trotz gegenteiliger Statistiken zu antisemitischer Gewalt und politischer Skandale, wird eine Gesellschaft konstruiert, die angeblich aus der Geschichte gelernt hat, und damit zur Ausgrenzung von Menschen durch antimuslimische Haltungen und Praxen berechtigt ist und gleichzeitig davon moralisch profitiert.

Während politisch klare Positionierungen gefordert werden, beobachten wir in der pädagogischen Arbeit, dass der Nahostkonflikt unter Multiplikator\*innen und jungen Menschen derzeit sehr kontrovers diskutiert wird. Pädagogische Fachkräfte sind nachvollziehbar verunsichert und überfordert, da es sich um ein über Jahre ausgeklammertes Thema handelt. Die Konsequenz ist häufig Rückzug oder Nicht-Thematisierung. Dabei braucht es Ansätze, die Antisemitismus- und Rassismuskritik - hierunter auch das Thema Antimuslimischer Rassismus - verbinden und zusammendenken, und so eine konstruktive Bearbeitung des Themas ermöglichen.

In diesem Sinne wünsche ich eine anregende Lektüre  
Solidarische Grüße,

Karima Benbrahim

Diese Ausgabe beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Normalisierung extrem rechter Diskurse und der Zunahme rechter Positionen in Deutschland. Im ersten Beitrag stellt Franziska Schröter aktuelle Ergebnisse der neuen „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vor. Diese zeigen, dass sich im Vergleich zu den Vorjahren ein deutlich größerer Anteil der Mitte der Gesellschaft von demokratischen Werten und Grundprinzipien distanziert und ein erheblicher Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung zu beobachten ist. Im zweiten Artikel thematisiert Saloua Mohammed Ungleichwertigkeitsideologien in rassifizierten Communities und zeigt Strategien auf, wie mit diesen in pädagogischen und politischen Bildungskontexten umgegangen werden kann.

**Die Mitte auf Distanz zur Demokratie? Die neue „Mitte-Studie“ der FES – Aktuelle Zahlen zur Normalisierung des extrem rechten Diskurses**

// Franziska Schröter

Unter dem Titel „Die distanzierte Mitte“ stellte am 21. September 2023 eine Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen, menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einstellungen in Deutschland vor. In der Reihe der Mitte-Studien werden auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage die Verbreitung, Entwicklung und Zusammenhänge sozialer und politischer Einstellungen analysiert, um Auskunft über aktuelle und langfristige Herausforderungen der Demokratie und Gesellschaft zu geben.

**Wer oder was ist „die Mitte“?**

Die Mitte einer Gesellschaft kann unterschiedlich bestimmt werden. In den Mitte-Studien werden alle Teile der Bevölkerung, die eine vermittelnde und stabilisierende Kraft in der Demokratie sein können, als Mitte befragt. Mit dem Namen „Mitte-Studie“ soll der Fokus der Beobachtung und Analyse entsprechend auf die breite Bevölkerung gesetzt werden. Dabei sieht sich die Mehrheit der Menschen in Deutschland auch selbst als Teil der Mitte. Ziel der Studie ist es, zu erkunden, wie es um demokratische und demokratiegefährdende Einstellungen in der Gesellschaft bestellt ist, insbesondere jenseits rechtsextremer Grup-

pierungen und Strukturen. Dabei gilt die Mitte gemeinhin als Garant für Demokratie, Vernunft und Ordnung. Entsprechend umworben und umkämpft ist sie politisch und ideologisch. Die Mitte ist somit mehr als eine sozioökonomisch definierte Größe und geht auch über Wahlscheidungen oder politische Selbstverortungen hinaus. Die Reihe der Mitte-Studien greift diesen vagen und zugleich aufgeladenen Mitte-Begriff bewusst auf und will eine empirische Grundlage für die kritische Beobachtung gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen geben.

**Die Mitte-Studie 2022/23**

Die jüngsten Ergebnisse (Befragungszeitraum Jan./Feb. 2023) zeigen: Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Krisen und Konflikte distanziert sich ein deutlich größerer Anteil der Mitte der Gesellschaft von demokratischen Werten, Normen und Grundprinzipien als in den Erhebungen der Vorjahre. Für komplexe Fragen der Zeit werden vermehrt einfache und autoritäre Lösungen gefordert. Die Zunahme demokratiegefährdender bis zu demokratiefeindlichen Einstellungen spiegelt sich insbesondere in der Herabwürdigung von Minderheiten, der Anfälligkeit für Populismus sowie einem generellen Verschwörungsglauben wider, ebenso wie in der Hinwendung zu neurechten, nationalistischen, rechtsextremen und gewaltbilligenden Positionen. Zudem verorten sich mehr Befragte als zuvor selbst politisch rechts der Mitte. Dabei steckt die Demokratie angesichts des Erstarkens antidemokratischer Kräfte, der hohen Anzahl an Nicht-Wähler\*innen, des Misstrauens in staatliche Institutionen, in Medien und die Politik, aber auch aufgrund eines Mangels an politischer Selbstwirksamkeit und Partizipation selbst in der Krise. Die Beiträge der Mitte-Studie 2022/23 beleuchten unterschiedliche Facetten, Kontexte und Hintergründe demokratiegefährdender Einstellungen. Die Ergebnisse sollen hier umrissen werden, weitere Informationen und das gesamte Buch finden sich unter [www.fes.de/mitte-studie](http://www.fes.de/mitte-studie).

**Die Mitte auf Distanz zur Demokratie?**

Vor dem Hintergrund von Krisen und Konflikten ist die Unsicherheit in der Bevölkerung hoch. Über die Hälfte der Befragten sieht Deutschland stark von Krisen betroffen (55%) und ein Großteil fühlt sich angesichts der multiplen Krisen unsicher (42%). Ein Teil der Mitte fordert aufgrund dessen autoritäre Lösungen und läuft Gefahr, sich von der Demokratie zu distanzieren. Studienleiter Zick: „Die aktuelle Krisensituation, die von den Folgen der Pandemie, des Klimawandels, der Inflation,

dem Krieg in der Ukraine und anderen Herausforderungen geprägt sind, wirken sich auf distanzierte Einstellungen gegenüber der Demokratie aus. Das Vertrauen in sie und ihre Institutionen sinkt und nationalistisch geprägte Gesellschaftsvorstellungen werden attraktiver.“

2-3 %). Auch der Graubereich zwischen Ablehnung und Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen ist jeweils deutlich größer geworden. Die politische Selbstverortung von Befragten hat rechts der Mitte mit 15,5 % ebenfalls von zuvor knapp 10 % deutlich zugenommen. Die Demokratie in Deutschland kann zwar weiterhin auf eine absolute Mehrheit einer nicht-rechtsextremen Mitte bauen; diese schrumpft jedoch. Die Befunde und der Trend höherer Zustimmung weisen auf eine Normalisierung rechtsextremer Positionen hin, die

Zustimmung zu unterschiedlichen Krisenmodi (Angaben in Prozent) Tabelle 7.2

Ich stimme ... zu	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
<b>«Schließender Krisenmodus» (M = 3,44; SD = ,54; n = 2.009; α = ,76)</b>					
Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass ...					
... wir unsere alten Tugenden aufleben lassen.	9,0	55,0	29,0	27,4	19,6
... Deutschland zuerst die eigenen Interessen durchsetzt.	8,1	15,6	27,3	22,8	25,1
... die Grenzen stärker kontrolliert werden.	11,6	14,1	21,8	20,7	31,7
... das deutsche Volk seine Stärke zeigt.	10,1	11,4	27,9	26,3	24,3
... die Leistungsträger unserer Gesellschaft befohrt werden.	7,5	13,6	32,4	27,3	19,1
... die Jugend mehr in die Pflicht genommen wird.	4,7	12,9	25,4	30,0	27,0
<b>«Öffnender Krisenmodus» (M = 4,00; SD = ,76; n = 2.022; α = ,58)</b>					
... wir alle zusammenhalten.	1,6	4,6	14,7	25,5	53,5
... die Gesellschaft solidarisches mit den Schwächsten ist.	2,9	6,0	22,6	26,4	42,1
... auf die Experten und die Wissenschaft gehört wird.	3,3	6,9	27,6	33,6	28,4

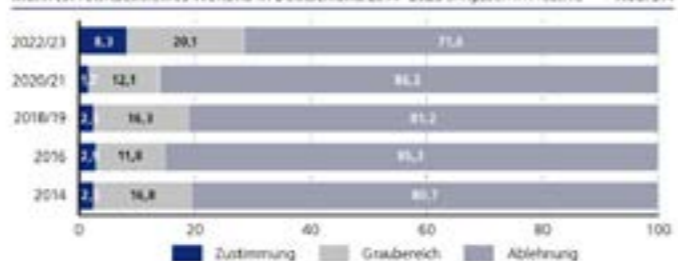
Anmerkungen: M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

Die distanzierte Mitte - © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023  
Satz/Graphik - Gerd Kempen (Marburg)

unter den Befragten 2022/23 eher einen Bewältigungsmodus, der sich durch eine Rückbesinnung auf das Nationale sowie die Forderung zur sozialen Schließung und Ungleichbehandlung auszeichnet, während die Forderung nach einer „offenen“, solidarischen und wissenschaftsorientierten Gesellschaft unwahrscheinlicher wird. Dies geht mit einer höheren Zustimmung zu demokratiegefährdenden Einstellungen einher. Trotz verbreiteter Krisenwahrnehmung findet der öffnende Krisenmodus jedoch am meisten Zuspruch unter den Befragten.

nicht zuletzt auch im Graubereich der Einstellungen als Grundrauschen auf eine Funktionsstörung des demokratischen Systems hindeuten sowie auf eine Mitte, die in den letzten Jahren in die Defensive geraten ist. Die rechtsextremen Einstellungen stehen darüber hinaus in engem Zusammenhang mit der Billigung und Rechtfertigung politischer Gewalt. 13 % der Befragten sind z. B. der Auffassung, einige Politiker\*innen hätten es verdient, wenn „die Wut gegen sie“ in Gewalt umschlägt (2020/21: 5 %). Daher sollten die vorliegenden Befunde nicht nur auf der Einstellungsebene bewertet werden.

Manifest rechtsextremes Weltbild in Deutschland 2014–2023 (Angaben in Prozent) Abb. 3.4

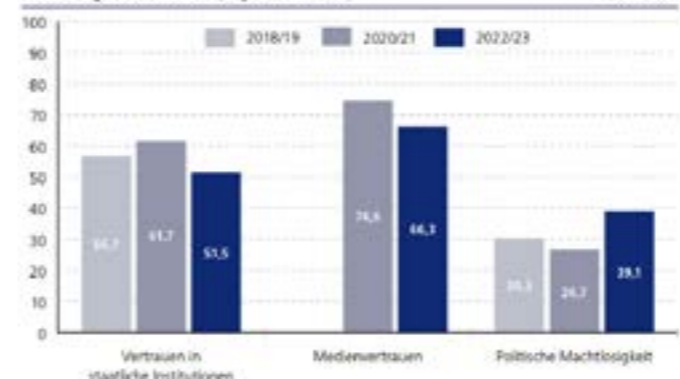


Die distanzierte Mitte - © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023  
Satz/Graphik - Gerd Kempen (Marburg)

### Ein Teil der Mitte distanziert sich von der Demokratie, ein Teil radikalisiert sich

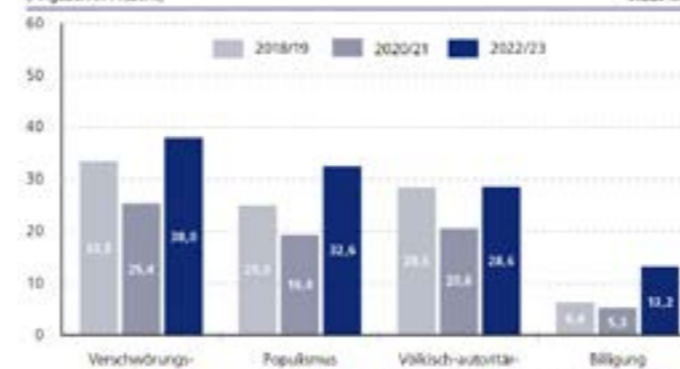
Das Vertrauen in die Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie sinkt auf unter 60 %. Ein erheblicher Teil der Befragten vertritt verschwörungsgläubige (38 %), populistische (33 %) und völkisch-autoritär-rebellische (29 %) Positionen. Im Vergleich zur Befragung während der Coronapandemie 2020/21 ist dies ein Anstieg um rund ein Drittel und auch zum Jahr 2018/19 ist der Anteil potenziell demokratiegefährdender Positionen gestiegen. So denken beispielsweise inzwischen 32 %, „die Medien und die Politik würde unter einer Decke stecken“ (2020/21: 24 %). Zudem stimmen in der aktuellen Mitte-Studie mit 30 % fast doppelt so viele Befragte wie noch vor zwei Jahren der Aussage zu: „Die regierenden Parteien betrügen das Volk.“ und ein Fünftel meint: „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.“ (2020/21: jeweils 16 %). Die hohe Anfälligkeit für Rechtsextremismus, Populismus und Verschwörungsmymen können den

Demokratie- und Medienvertrauen sowie politische Machtlosigkeit im Zeitvergleich 2018–2023 (Angaben in Prozent) Abb. 4.4a



Anmerkungen: Medienvertrauen wurde 2018/19 nicht erfasst.

Demokratiegefährdende Einstellungen im Zeitvergleich 2018–2023 (Angaben in Prozent) Abb. 4.4b



Anmerkungen: Für den Zeitvergleich wurden die Indizes nur mit Aussagen gebildet, die in allen Jahren

Weg für eine demokratiefeindliche Radikalisierung öffnen. Dabei droht die demokratische Kultur bereits aufgrund eines Mangels an politischem Vertrauen wie auch dem Gefühl mangelnder politischer Selbstwirksamkeit von rechts außen vereinnahmt zu werden.

### Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wieder auf hohem Niveau

Nachdem die menschenfeindlichen Abwertungen während der Hochphase der Coronapandemie 2020/21 etwas zurückgegangen waren, ist die Mitte 2022/23 Minderheiten in der Gesellschaft gegenüber auffällig feindselig und diskriminierend eingestellt. 34 % der Befragten meinen, Geflüchtete kämen nur nach Deutschland, um das Sozialsystem auszunutzen, 16,5 % unterstellen jüdischen Menschen, heute ihren Vorteil aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen zu wollen. Weitere 19 % schließen sich diesem Vorwurf teilweise an - diese ambivalenten und uneindeutigen Haltungen gegenüber antisemitischen Positionen wie auch anderen Formen von Abwertungen und Vorurteilen nehmen zu. 17 % machen die Identität von Trans\* Menschen verächtlich und rund 11% fordern, Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen. Auch Klassismus als Abwertung aufgrund des sozialen Status von Menschen ist weit verbreitet. Etwas mehr als ein Drittel teilt etwa die Auffassung, Langzeitarbeitslose würden sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen (35 %).

Dabei sind die gruppenbezogenen Abwertungen mit der aktuellen Erhebung in neuer Form systematisiert worden, die es erlaubt, vier grundlegende Abwertungsmuster bzw. Dimensionen der Menschenfeindlichkeit zu unterscheiden: Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus (Abwertung von LGBTQ+-Personen und Befürwortung traditioneller Geschlechterrollen) und Klassismus (Form der Abwertung von Menschen aufgrund ihres sozioökonomischen Status, bspw. Langzeitarbeitslose oder Wohnungslose). Insbesondere bei höherer Krisenwahrnehmung nimmt die Zustimmung zu rassistischen, hetero-/sexistischen und antisemitischen Aussagen zu, während klassistische Einstellungen unabhängig von einer solchen Krisenwahrnehmung weit verbreitet sind. Vor allem steigen die Werte auch bei jüngeren Menschen im Vergleich zu den Vorjahren.

### Krise, Unsicherheit und unternehmerischer Universalismus

Das lange Zeit als sicher geglaubte Versprechen der wettbewerbsorientierten Leistungsgesellschaft wird angesichts der zahlreichen Krisen zunehmend brüchig und der aktuelle Zuspruch unter den Befragten zu entsprechenden Leitbildern geht deutlich zurück im Vergleich zu den Vorjahren (2014: 59 %; 2016: 65 %; 2023: 35 %). Eine „entsicherte Marktförmigkeit“, d. h. eine Identifikation mit erfolgs- und wettbewerbsorientierten Leitbildern in Kombination mit wahrgenommener

Entsicherung in Folge aktueller Krisen, befördert einen libertären Autoritarismus, der besonders anschlussfähig für Verschwörungsgläubigkeit, Demokratiemissachtung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechte Ideologien ist. Knapp 20% der Befragten fallen in die Gruppe der sogenannten „entsichert Marktförmigen“, die sich zwar aus einem großen Teil an Personen in prekären und benachteiligten Verhältnissen zusammensetzt – jedoch keineswegs ausschließlich, wie Prof. Dr. Eva Groß und Dr. Andreas Hövermann hervorheben: „Es sind insbesondere gefühlte Krisenerfahrungen und damit verbundene Entsicherungen, die besonders die Erfolgs- und Leistungsidentifizierten auch und gerade in der Mitte der Gesellschaft ins Autoritäre und Illiberale driften lassen“. Die entsicherte Marktförmigkeit ist vielmehr Teil der Mittelschichten der Gesellschaft. Die Soziologin Amelie Nickel ergänzt: „Politisch repräsentiert fühlen sich die entsichert Marktförmigen am ehesten noch bei der AfD.“

Zustimmung zur Energiewende und zum Klimaschutz. Die Daten weisen auch nach, dass Einsamkeit und soziale Ungleichheit die gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie schwächen. Dabei wirkt sich der sozioökonomische Status ebenso auf das Erleben und Denken über Politik und Gesellschaft aus. Befragte mit geringerem Einkommen, niedrigerem Schulabschluss sowie jene, die angeben, eher „unten“ in der Gesellschaft zu stehen, äußern häufiger Vorurteile gegenüber als „fremd“ markierten Gruppen. Doch gerade auch Befragte der sozioökonomischen Mitte gehen zunehmend auf gefährliche Distanz zu demokratischen Normen und Werten wie der Gleichwertigkeit aller Menschen.

**Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte**

Trotz Demokratieförderprogrammen ist in den Ergebnissen der Mitte-Studie 2022/23 ein „Rechtsruck“ in Teilen der Gesellschaft zu verzeichnen. Dem zugrunde liegt auch ein falsches Verständnis dieser Programme mit Blick auf die Funktionslogiken politischer Bildung: Diese muss weit über den Schwerpunkt der Extremismusprävention hinaus gefördert und politisch ermöglicht werden und dies nicht nur in Projektform. Gefördert und gestärkt werden müssen durch politische Bildung Demokrat\*innen, nicht notwendigerweise die antidemokratisch Eingestellten. Dies leisten die aufgelegten Präventionsprogramme zu wenig. Zugleich müssen sich politische Akteur\*innen wie Parteien, Politiker\*innen und Medien eindeutig und sichtbar von rechten, menschen- und demokratiefeindlichen Positionen distanzieren und diese nicht als zugehörig zum demokratischen Meinungsspektrum legitimieren. Sie selbst fungieren als politische Bildner\*innen und müssen dies stärker reflektieren, wenn einer Normalisierung extrem rechter Diskurse und Haltungen Vorschub geleistet werden soll.

Darüber hinaus thematisiert die Mitte-Studie auch Einsamkeit und identifiziert „Unwohlorte“ wie Schule, Arbeit, Ausbildung, aber auch öffentliche Räume. Dies sind zentrale Räume politischer Sozialisation, (Lern-)Räume des Zusammenkommens von Menschen, an denen Konflikte verhandelt und Kompromisse geschlossen werden. All diese Strukturen benötigen eine Demokratisierung und Sensibilisierung für Diskriminierungen. Dazu gehören Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, Diskriminierungsschutz sowie Solidarität. Angebote politischer Bildung fördern solche demokratischen Entwicklungsprozesse. Während vermehrt der Ruf nach affirmativer ökonomischer sowie Finanzbildung laut wird, damit die einzelnen Menschen in Zeiten der Inflation sparen lernen und für die Zukunft vorsorgen, plädiert die politische Bildung für einen kritischen Blick auf (auch globale) Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie eine kapitalismuskritische Bildungsarbeit. Die neoliberale Leistungsgesellschaft hat immer stärker spürbare Schattenseiten und evoziert bei denjenigen, die jenem Leitbild nicht entsprechen, Hass und Demo-

kratiedistanz. Das Infragestellen dieser Strukturen ist zugleich eine Grundlage, wenn eine sozial-ökologische Transformation wie zur Bearbeitung der Klimakrise gelingen soll.

**Datengrundlage der Mitte-Studie 2022/23**

- 2.027 Personen einer repräsentativen Telefonumfrage in der deutschen Wohnbevölkerung
- Befragung durch das UADS Institut in Duisburg im Zeitraum von 2. Januar bis 28. Februar 2023
- 50 % Festnetz- und 50 % Mobilfunknummern
- 52 % Frauen und 48 % Männer
- Alter der Befragten 18-94 Jahre (Ø 50 Jahre)

**Wie werden die Daten erhoben und ausgewertet?**

Die Mitte-Studie verbindet die Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, die seit dem Jahr 2002 - also seit über 20 Jahren - Vorurteile, Diskriminierungen und Abwertungen von Gruppen untersucht, mit der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit dem Jahr 2006 im 2-Jahres-Rhythmus vor allem rechts-extreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft untersucht.

Sie ist als repräsentative Bevölkerungsumfrage angelegt und folgt bewährten Methoden der empirischen Sozial- und Einstellungsforschung. Seit 2014 wird die Studie maßgeblich am IKG betreut und als telefonische Befragung durchgeführt (CATI-Methode). Dabei werden den Befragten über einen standardisierten und vorab getesteten Fragenbogen Aussagen vorgelesen, zu denen jeweils Antwortalternativen zur Verfügung stehen.

In der Regel wird der Grad der Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen über eine 5-stufige Antwortskala ermittelt. Die zentralen Konstrukte der Untersuchung werden über mehrere Aussagen erhoben und anschließend zu reliablen und validen Mittelwert- oder Summenskalen zusammengefasst. Die Messqualität wird unter Anwendung gängiger statistischer Verfahren geprüft. Um Abweichungen der Stichprobendaten von den Populationsdaten der deutschen

Wohnbevölkerung zu korrigieren, erfolgen die empirischen Analysen über die Gewichtung der Stichprobe, unter anderem nach den Merkmalen Alter und Bildung.

Es muss jedoch insofern eine gewisse Verzerrung der Stichprobe angenommen werden, als dass Personen mit bewusst rechtsextremer Auffassung und auch solche, die der Wissenschaft gegenüber feindselig eingestellt sind, ebenso wie Personen, die nicht fließend deutsch sprechen, überzufällig häufig nicht an der Befragung teilnehmen. Zudem kann es sein, dass Befragte zu gesellschaftlich kritischen und sensitiven Themen wie in der Mitte-Studie weniger so antworten, wie sie womöglich tatsächlich denken. Dabei können wir nur messen und berichten, worüber die Befragten bereit sind, Auskunft zu geben. Mit den genannten Einschränkungen gehen wir tendenziell davon aus, das Niveau und Potenzial menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung eher zu unterschätzen als zu überschätzen.

**Autorin**

Franziska Schröter ist Herausgeberin der Mitte-Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Sie hat British Cultural Studies, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden studiert und ist seit 2005 in verschiedenen Aufgabenbereichen für die FES tätig, vor allem in der politischen Bildung und Beratung. Seit 2017 verantwortet sie das zentrale FES-Projekt gegen Rechtsextremismus im Referat Demokratie, Gesellschaft, Innovation in Berlin.

Zustimmung zu neurechten Orientierungen, Gewaltbilligung, AfD-Wahlabsicht, GMF und rechtsextremem Weltbild in den vier Gruppen (Angaben in Prozent) Abb. 8.4



**Anmerkungen:** n = 1.067 | Die zu den Säulen horizontal eingezeichneten Linien zeigen zum Vergleich den durchschnittlichen Anteil der Zustimmung aller Befragten auf den jeweiligen Skalen an. **Unbeispiel:** 39,9% der entsichert Marktförmigen teilen neurechte Orientierungen, während dies 7,9% der sicheren Un-Marktförmigen tun. Unter allen Befragten sind es 18,4%. **Signifikanzen:** Neurechte Orientierungen (entsichert Marktförmige > alle anderen\*\*\*); Gewaltbilligung (entsichert Marktförmige, sichere Marktförmige > entsichert Un-Marktförmige, sichere Un-Marktförmige\*\*\*); AfD-Wahlabsicht (entsichert Marktförmige > alle anderen\*\*\*); GMF (entsichert Marktförmige > alle anderen\*\*); Manifest rechtsextremes Weltbild (entsichert Marktförmige > alle anderen\*\*\*). n = Anzahl der Befragten. \*\* = p < .01, \*\*\* = p < .001.

**Mittendrin: Krisenkontexte und Lebenswelten**

Verteilt über das ganze Buch finden sich Einblicke in speziellere Unterthemen, so zu rechtsextremen Einstellungen und Sportvereinen, zu den Zuständen in den Ausländerbehörden oder zur Frage, ob es eine ideologische Querfront gibt. Die Mitte-Autor\*innen schauen darauf, was Klimakrise, Ukrainekrieg, Einsamkeit oder auch Kinderarmut mit den Haltungen zur Demokratie machen. So zeigen die Daten, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine klimapolitisch progressive Haltung hat. Sorgen vor den Folgen des Krieges in der Ukraine wie etwa steigende Energiepreise dämpfen jedoch die

## Die Notwendigkeit einer pädagogischen Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien in rassifizierten Communities

// Saloua Mohammed

Die gegenwärtige gesellschaftliche Lage ist geprägt von transnationalen und komplexen Herausforderungen wie beispielsweise der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie, verheerenden Naturkatastrophen – von denen vor allem Menschen im globalen Süden stark betroffen sind – und dem fortwährenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. In diesem Krisenkontext zeigen sich auf europäischer und nationaler Ebene verstärkt rechtsextreme und autoritäre Kräfte als Profiteure, die diese Konflikte als Katalysator für die Verbreitung eigener Ideologiefragmente und Verschwörungsnarrative nutzen.

Der Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 bringt für das postmigrantische Deutschland neue Herausforderungen mit sich. Diese lassen sich in Form von konfliktträchtigen Auseinandersetzungen auf den Straßen, in den Schulen und sozialen Medien beobachten. In den politischen Debatten scheint eine Lösung hierfür gefunden zu sein, indem von einem „importierten Antisemitismus“ in rassifizierten Communities die Sprache ist. Durch diese Form der Adressierung wird der eigene Antisemitismus sowie die Verantwortung für eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit den eigenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen bei den problematisierten und als die „Anderen“ markierten (Othering)<sup>1</sup> rassifizierten Communities ausgelagert. Ähnliche Auslagerungen sind aus dem Kontext der Kölner Silvesternacht im Umgang mit sexualisierter Gewalt bekannt, insbesondere bei als geflüchtet, muslimisch und männlich gelesenen Personen.<sup>2</sup> Gleichzeitig sind rassifizierte Communities nicht frei von Diskriminierungspraxen, deren Ursprung ihrerseits Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Auch in diesen Communities kann rechtsextremes, autoritäres und islamistisches Gedankengut Anschluss finden. In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, wie eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien in rassifizierten Communities erfolgen kann, ohne eine Auslagerung zu fördern oder rassistische sowie rechtsextreme Narrative bezogen auf diese Communities zu verstärken. Diese Frage wird im Folgenden unter Einbeziehung einer rassistuskritischen Perspektive näher betrachtet, um im Anschluss daran Handlungsmöglichkeiten im pädagogischen Bildungskontext im Umgang mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen in rassifizierten Communities zu erörtern.

### Ungleichwertigkeitsideologien als Auf- und Abwertungsmechanismen

Zunächst ist es wichtig zu präzisieren, was mit Ungleichwertigkeitsideologien konkret beschrieben wird. Obgleich sich Ungleichwertigkeitsideologien in verschiedenartigen Erscheinungsformen manifestieren können, teilen sie grundlegend ein zentrales Merkmal: ihr inhärent menschenfeindliches, gesellschaftsfragmentierendes, antipluralistisches und demokratiezersetzendes Potenzial. Diese Ideologien basieren auf Wahrnehmungen und Annahmen, die dazu dienen, Hierarchien und Machtasymmetrien zu festigen. Ihr Ziel besteht darin, die Abwertung von Individuen oder sozialen Gruppen zu legitimieren (vgl. Küpper 2016, 25).

Grundlegend sind hierfür rassifizierende und menschenfeindliche Narrative, denen Differenzierungsmechanismen und Normalisierungsvorstellungen zugrunde liegen. Dabei erfolgt eine systematische Kategorisierung von Menschengruppen, basierend auf gesellschaftlichen Normen und Vorstellungen von Normalität. Ungleichwertigkeitsvorstellungen hinterfragen somit die grundsätzliche Gleichwertigkeit von Menschen (vgl. Kessler/Plöber 2010; Khakpour/Mecheril 2018). Die Herabsetzung wird durch soziale, politische oder religiöse Ansichten und Überzeugungen gerechtfertigt. Heitmeyer bezeichnet diese Dynamik als „Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das im inneren eine Ideologie der Ungleichwertigkeit aufweist, und nach außen hin unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen kann, wie beispielsweise Rassismus, Sozialdarwinismus, Antifeminismus, Antisemitismus, Queer- und Trans\*feindlichkeit und Autoritarismus (vgl. Heitmeyer 2002).

Ungleichwertigkeitsvorstellungen durchdringen alle gesellschaftlichen und institutionellen Sphären und stellen eine ernstzunehmende Herausforderung für ein solidarisches und menschenwürdiges gesellschaftliches Miteinander dar (vgl. Borstel/Bozay 2020). Für ein friedliches Zusammenleben ist die Anerkennung der Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Gleichwertigkeit aller Menschen unverzichtbar. Einstellungen, Äußerungen und Verhaltensweisen, die das Individuum in dessen Integrität und Würde verletzen, und dessen Gleichwertigkeit in Frage stellen, stehen in einem diametralen Widerspruch zu diesen Prinzipien. Für die Betroffenen bedeutet dies häufig ein Leben, das durch soziale Ausgrenzung, Unsicherheiten und Ängste mit Auswirkungen auf Körper und Psyche geprägt ist.

1 Zur Vertiefung: Said 2014.

2 Zur Vertiefung: <https://ibis-institut.de/wp-content/uploads/2016/04/ibis-eBook-1-2016-Koeln-Silvester-2015.pdf>. (Zugriff: 01.12.23).

Eine Untersuchung des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen dem Erleben von Diskriminierung und Rassismus und der subjektiven Gesundheitseinschätzung der betroffenen Personen auf. Mit zunehmenden Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus verschlechtert sich die eigene Bewertung des Gesundheitszustands der Betroffenen (vgl. NaDiRa 2023, 124f.).

Ungleichwertigkeitsvorstellungen haben reale Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen. Im Rahmen der repräsentativen Studie „Rassistische Realitäten“ gaben 58 % der Befragten an, schon einmal Rassismus erlebt zu haben (vgl. DEZIM 2022, 5). Menschen werden aufgrund von Differenzlinien wie Hautfarbe, sexuelle Orientierung, ethnische Zugehörigkeit oder religiöse Positionierung als „anders“ und somit als „fremd“ markiert, wodurch sie als nicht gesellschaftlich zugehörig betrachtet werden. Dies führt nicht nur zu einer Stigmatisierung, Marginalisierung und dem Ausschluss der Betroffenen, sondern dient auch als Rechtfertigung für die Ausübung von Gewalt. Ungleichwertigkeitsideologien wie Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus manifestieren sich keineswegs ausschließlich an den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft. Die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Distanzierte Mitte 2022/23“ belegt einen bedeutenden Anstieg von demokratiegefährdenden Einstellungen quer durch die gesamte Gesellschaft. Etwa 8,3 % der Befragten, und somit mehr als in den Vorjahren, weisen ein klar rechtsextremes Weltbild auf (vgl. Mokros/Zick 2023, 70f.).

Diese und weitere empirische Untersuchungen machen die zunehmende Gefahr durch Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in der Gesellschaft besonders deutlich. Somit können Ungleichwertigkeitsvorstellungen als ein komplexes Zusammenspiel von Machtverhältnissen, Normvorstellungen und Dominanzverhalten beschrieben werden, das quer durch die Gesellschaft und Institutionen geht. Rassifizierte Communities sind als Bestandteil der Gesellschaft in diese Verflechtungen unausweichlich eingebunden.

### Ungleichwertigkeitsideologien in rassifizierten Communities

Die Übernahme und Reproduktion von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in rassifizierten Communities kann durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden. Hierunter fallen familiäre Sozialisation, traditionelle Vorstellungen und religiöse Überzeugungen, patriarchale Geschlechterbilder sowie Einflüsse von Peers und Role-Models. Neben der Dynamik der Auf- und Abwertung von Menschen und Gruppen, spielen Hierarchie und Loyalität, insbesondere in extremistischen und autoritären Gruppen, eine entscheidende Rolle. Dies fördert zum einen ein Gefühl von Zugehörigkeit, und zum anderen dienen die konstruierten Anderen als Projektions-

fläche für eigene Vorurteile und Stereotype. Wie bereits angeführt können Menschen in rassifizierten Communities von rassistischer und rechtsextremer Gewalt betroffen sein, gleichzeitig besteht die Gefahr, dass diskriminierende, extremistische und autoritäre Denkmuster innerhalb dieser Communities übernommen und reproduziert werden. Auch innerhalb rassifizierter Communities treten gruppenbezogene menschenfeindliche Haltungen, Handlungen, Äußerungen und Herabsetzungen wie die Abwertung von wohnungslosen Menschen, von Rom\*njia und Sinti\*zze, von Schwarzen Menschen, von Imazighen<sup>3</sup> oder von Menschen mit Behinderung auf. Es wird deutlich, dass auch eigene Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen nicht daran hindern, sich selbst durch die Abwertung eines konstruierten Anderen zu erhöhen und hierdurch ein Gefühl von Kontrolle und Macht zu erlangen (vgl. Bozay 2023, 11f.). Gründe hierfür sind einerseits die Macht des Ausschlusses und andererseits das Gefühl die Kontrolle darüber zu haben, der Dynamik der Abwertung nicht hilflos ausgeliefert zu sein.

Insbesondere bei Jugendlichen lässt sich eine Zunahme islamistischer und ultranationalistischer Einstellungen, beispielsweise in Form von türkischem und kroatischem Ultranationalismus<sup>4</sup> und rechtsextremistischen Ideologiefragmenten in der russlanddeutschen Community beobachten (vgl. ebd., 10). Nationalistische und islamistische Gruppierungen sprechen gezielt junge Menschen an, indem sie sich in ihre Sozialräume begeben und sich in den sozialen Netzwerken präsentieren. Insbesondere auf TikTok gelingt es ihnen sehr junge User\*innen anzusprechen, da diese Plattform häufig als eine nahezu unwidersprochene Echokammer fungiert. So nutzen beispielsweise salafitische und islamistische Akteure, sogenannte Islamfluencer, die sozialen Medien zur Eigendarstellung und für die Akquise von neuen Follower\*innen. Ihre Videos zeichnen sich durch eine professionelle Gestaltung und die gezielte Ansprache unter Einbeziehung jugendkultureller Elemente und lebensweltlicher und existenzieller Fragen aus. Zudem wird Bezug auf aktuelle (trans-) nationale gesellschaftliche politische Ereignisse genommen, sich zu diesen positioniert und versucht, die „Gegenseite“ zu enttarnen (vgl. BAGReIEx 2023). In den Kommentaren unter den veröffentlichten Beiträgen der Akteure lassen sich oft eine Vielzahl an Ideologiefragmenten und Verschwörungserzählungen wiederfinden. Populäre Islamfluencer aus dem salafitischen Spektrum inszenieren sich als Ansprechpersonen für Fragen zum Islam und propagandieren hierdurch ideologische Inhalte. ▶

3 Siehe dazu Karam 2021: Imazighen in Deutschland und das B-Wort. <https://disorient.de/magazin/imazighen-deutschland-und-das-b-wort>. (Zugriff: 10.12.23).

4 Zur Vertiefung siehe: Bozay 2023.

Mit ihren Videos auf Plattformen wie Youtube und TikTok verzeichnen sie eine beträchtliche Anzahl von Aufrufen. Im islamistischen Spektrum sind Initiativen wie „Generation Islam“ und „Realität Islam“, die der Hizb ut-Tahrir<sup>5</sup> nahestehen, besonders präsent und verbreiten islamistisches Gedankengut in professionell aufbereiteten Videos, sowie viral gehende Hashtag-Aktionen, wie beispielsweise das Hashtag #NichtOhneMeinKopftuch<sup>6</sup>. Durch ihre Videos vermitteln sie eine vermeintliche argumentative Überlegenheit und propagandieren die Enthüllung angeblicher weltweiter Verschwörungen gegen Muslim\*innen. Gleichzeitig verbreiten sie Fake News sowie antisemitische, antifeministische, queerfeindliche und antipluralistische Narrative<sup>7</sup>.

Das Gedankengut des Hizb ut-Tahrir darf hierbei nicht unterschätzt werden, da das Hauptziel dieser Gruppe die Errichtung eines Kalifats ist, welche als „[...] Schicksalsfrage der Muslime weltweit“<sup>8</sup> propagiert wird. Unabhängig davon, ob es um Fragen des religiösen Alltags, Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen oder geopolitische Ereignisse geht, vermitteln salafitische und islamistische Akteure den Eindruck, Lösungen für sämtliche Lebensfragen zu haben. Ihre Aussagen basieren grundlegend auf einem fortwährenden Opfernarrativ, einem dichotomen Verständnis von Geschlechterrollen und Gesellschaftsstrukturen, der Ablehnung der demokratischen Grundordnung, antisemitischen, antifeministischen und queerfeindlichen Erzählungen sowie einer radikalen Reduktion komplexer politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Vor allem versprechen sie ihren Anhänger\*innen eine Art Seelenheil. Durch diese dualistische, manipulative und kompromisslose Vorgehensweise werden insbesondere junge Menschen dazu ermutigt, sich aufgrund ihres „wahren Glaubens“ von der Gesamtgesellschaft zu distanzieren (vgl. Ufuq 2019). Ungleichwertigkeitsvorstellungen manifestieren sich durch diese Form der Abgrenzung und Abwertung, begleitet von einer gleichzeitigen Aufwertung der konstruierten Eigengruppe, hier speziell der

Anhänger\*innen der Ummah<sup>9</sup>, die eine identische Weltanschauung teilen.

Ein weiterer Katalysator für die Etablierung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind transnationale geopolitische Verstrickungen, in denen sich rassifizierte Communities wiederfinden. So wurden beispielsweise die Gewalteskalationen in Israel und Palästina umgehend von salafitischen und islamistischen Akteuren aufgegriffen, um mit emotional aufgeladenen Aufrufen, Bildern und Videos vor allem die eigene Basis zu stärken, neue Follower\*innen zu akquirieren und ideologische und verschwörerische Narrative zu streuen. Dabei spielen in ihren Ansprachen apokalyptische und religiös unterfütterte antisemitische Erzählungen eine zentrale Rolle (vgl. Glatz 2022). Ihren Profit ziehen sie vor allem aus der Art und Weise, wie dieser Konflikt in Deutschland behandelt wird. Zu Beginn schien sich die Diskussion zwischen einem Generalverdacht gegenüber Muslim\*innen und der Aufforderung, sich geschlossen von der Hamas zu distanzieren, zu bewegen. Gleichzeitig fehlen angemessene Räume, in denen Wut, Sprachlosigkeit und Trauer, insbesondere von Jugendlichen, offen thematisiert und besprochen werden können.

Dies hat islamistischen und salafitischen Gruppierungen einen erheblichen Vorteil verschafft. Sie argumentieren, dass Muslim\*innen in Deutschland und in ganz Europa aufgrund ihres Glaubens angegriffen werden und dass muslimisches Leben weniger wert sei, und erreichen hiermit auch Menschen, die sich bis dahin nicht mit dieser Szene identifizieren konnten, sich jedoch irgendwie gesehen und verstanden fühlen. Diese Anrufung wird zudem religiös gerahmt, indem Bezug auf apokalyptische Erzählungen genommen wird, wodurch der Eindruck entstehen soll, dass sich Muslim\*innen eindeutig in einem religiösen Krieg und einer weltweiten Verschwörung befinden würden. Den ideologisierten Anrufungen drohen jene zu erliegen, die kaum bis gar keine Zugänge zu theologischem Wissen haben und dieses auch nicht kritisch reflektieren. Diese Verschwörungsnarrative werden innerhalb der eigenen Gruppen weiter geschürt und durch externe Einflüsse, einseitige Medienberichterstattungen und die Echokammer in sozialen Netzwerken aufrechterhalten. Islamistische und salafitische Gruppen nutzen den Israel/Palästina-Konflikt vollumfänglich, um ihre Ideologie zu propagieren, gesellschaftliche Kohäsion durch Hasspropaganda zu spalten und insbesondere Jugendliche in ihrer Identitätskrise weiter zu destabilisieren (vgl. Jugendschutz Net 2023). Aber auch Akteure aus dem rechtsextremen Spektrum nutzen die Eskalation der Gewalt in Israel und Palästina opportunistisch, indem sie sich beispielsweise als Beschützer\*innen jüdischen Lebens profilieren und Antisemitismus als ein vermeintlich von Muslim\*innen „importiertes Problem“ markieren. Hierbei wird jedoch verschwiegen, dass völkisch-nationalistische und antisemitische Narrative integraler Bestandteil der rechtsextremen Ideologie sind. Rechtsextreme Gruppen mani-

pulieren und destabilisieren durch die Verbreitung von Falschinformationen und Verschwörungserzählungen. Es lassen sich jedoch auch Querverbindungen zwischen unterschiedlichen Ungleichwertigkeitsideologien finden. Beispielsweise teilen rechtsextremistische, salafitische und islamistische Gruppen antisemitische, antifeministische, queer- und trans\*feindliche Einstellungen. In diesem Zusammenhang kann von „Brücken-Dispositiven“ gesprochen, die keineswegs ausschließlich als Diskurse verstanden werden, sondern auch als Praktiken. So eint beispielsweise die von rechts initiierten „Bürgerwehren“, die nach der Kölner Silvesternacht 2015/16 an einigen Orten in Deutschland zum „Schutz von Frauen und Töchtern“ platziert wurden, und die 2014 von Islamisten in Wuppertal ins Leben gerufene „Scharia-Polizei“ ein „vigilantistisches Dispositiv“. Dieses Dispositiv steht für eine bestimmte Vorstellung von Herrschaft und Selbstjustiz, die in den extremistischen Gruppen trotz ihrer Verschiedenheit dennoch einheitlich geteilt wird (vgl. Meiering 2018). Verschwörungserzählungen dienen hier als „Brückennarrative“ zwischen den ideologisierten Gruppen und können trotz grundlegender unterschiedlicher Interessen Gemeinsamkeiten sichtbar machen (vgl. ebd.). Somit lässt sich beobachten, dass sich verschiedene Ungleichwertigkeitsideologien überschneiden, gemeinsam auftreten und von ideologisierten Gruppen trotz ihrer Verschiedenheit, dennoch geteilt werden können (vgl. Meiering 2018; Wolf 2021). Diese Verbundenheit von Ungleichwertigkeitsideologien und das Hineinragen in rassifizierte Communities müssen pädagogische Fachkräfte und politische Bildner\*innen erkennen, um angemessene Handlungsstrategien zu erarbeiten.

### Umgang mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der pädagogischen und politischen Bildungsarbeit

Die Entwicklung von Strategien im Umgang mit Ungleichwertigkeitsideologien im pädagogischen und politischen Bildungskontext ist von entscheidender Relevanz, und muss auf Mikro-, Meso- und Makroebene implementiert werden. Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass eine fundierte Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien, wenn dann nur sehr zaghafte geschieht. Umso schwieriger erscheint die Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen in rassifizierten Communities. Gründe hierfür können verschiedene sein, wie z. B. die Angst davor, durch die Thematisierung Wasser auf die Mühlen von radikalisierten Kräften zu geben, so dass sich für ein Umschiffen oder gänzlich Ausblenden dieser Thematik entschieden wird. Es ist daher unabdingbar, Fachkräfte dahingehend zu stärken, Ungleichwertigkeitsideologien nachvollziehen und dekonstruieren zu können. Hierfür müssen diese auf fundiertes Phänomenwissen zurückgreifen können, da Wissensdesiderate dazu führen können, dass Äußerungen, Handlungen und Codes nicht dechiffriert und richtig eingeordnet werden. Hier-

aus kann zudem eine Verunsicherung entstehen, die in eine Vermeidungs- oder De-Thematisierungshaltung bei Fachkräften münden kann. Eine rassismuskritische Perspektive ist deshalb unverzichtbar, um nicht Gefahr zu laufen, das Phänomen zu rassifizieren (in Anlehnung an Melter 2006). Für den Umgang mit den Adressat\*innen bedeutet dies ein menschenrechtsbasiertes, anerkennendes und respektvolles Miteinander bei gleichzeitiger Schaffung von Räumen, in denen diese Themen besprechbar sind. Hierfür müssen geschützte Räume<sup>10</sup> angeboten und institutionell implementiert werden. Zudem ist es unverzichtbar, dass sowohl die verschiedenen Adressat\*innen, als auch die unterschiedlichen Anliegen und Grade an Betroffenheit berücksichtigt werden. Gleiches muss für BIPOC\*<sup>11</sup> und weiß positionierte Fachkräfte angeboten werden. In geschützten Räumen finden Gedanken und Meinungen Platz, ohne verurteilt zu werden.

Es ist hierbei wichtig, das Gesagte von der Person zu trennen, wenn kritische Äußerungen getätigt werden. Fachkräfte sind daher besonders gefordert, im Sinne der Ambiguitätstoleranz unterschiedliche Meinungen, Vieldeutigkeit und Widersprüchlichkeit wahrzunehmen und auszuhalten, jedoch bei menschenfeindlichen Äußerungen eine klare menschenrechtsbasierte Positionierung einzunehmen. Wichtig ist vor allem, Gegenarrative anzubieten, die mindestens, wenn nicht zur kritischen Reflexion, zu einer Irritation führen. Der Beziehungs- und Vertrauensarbeit kommt in der pädagogischen Arbeit eine signifikante Rolle zu, nicht zuletzt mit Blick auf die (Weiter-) Arbeit mit den Adressat\*innen. Vor allem bedeuten Beziehungs- und Vertrauensarbeit die Notwendigkeit von Zeit, personellen und finanziellen Ressourcen und vor allem Beständigkeit. Diese Aspekte sind entscheidend für das Gelingen solcher intervenitiven „pädagogischen Momente“.

Ein weiterer Aspekt ist die kritische (Selbst-)Reflexion der Fachkräfte und die der etablierten Methoden, Ansätze und bewährte Praktiken, die in diesem Zusammenhang zum Einsatz kommen. Fachkräfte müssen eigene Annahmen aus macht- und rassismuskritischer Perspektive heraus reflektieren und hieraus Konsequenzen für ihr pädagogisches Handeln ziehen. Der Umgang mit Ungleichwertigkeitsideologien erfordert zudem institutionelle Antworten. Es muss deutlich werden, wofür und wogegen sich Institution positionieren, welche Ressourcen

5 Siehe dazu: [www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terroris-mus/2022-vsb-islamismus-und-islamistischer-terroris-mus-artikel.html](http://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-islamismus-und-islamistischer-terroris-mus/2022-vsb-islamismus-und-islamistischer-terroris-mus-artikel.html). (Zugriff: 10.12.23).

6 Siehe dazu: [www.ufuq.de/aktuelles/generation-islam-und-online-islamismus-interview-mit-pierre-asisi/](http://www.ufuq.de/aktuelles/generation-islam-und-online-islamismus-interview-mit-pierre-asisi/). (Zugriff: 11.12.23).

7 Siehe dazu: [www.bpb.de/themen/infodienst/519310/islamistische-stimmungsmache-in-den-sozialen-medien/](http://www.bpb.de/themen/infodienst/519310/islamistische-stimmungsmache-in-den-sozialen-medien/). (Zugriff: 10.12.23).

8 Siehe dazu Manifest: [www.kalifat.com/wp-content/uploads/2022/04/Die-Methode-von-Hizb-ut-Tahrir-zur-Veraenderung-minhadsch.pdf](http://www.kalifat.com/wp-content/uploads/2022/04/Die-Methode-von-Hizb-ut-Tahrir-zur-Veraenderung-minhadsch.pdf). (Zugriff: 10.12.23).

9 Definition: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/islam-lexikon/21714/umma/>. (Zugriff: 11.12.23).

10 Hier müssen die Räume in safe spaces, safer spaces und braver spaces unterschieden werden. Fachkräfte müssen hierfür genau wissen, welche Räume sie mit welcher Positionierung (BIPOC\* oder weiß-positioniert) und Konditionen gewährleisten und anbieten können.

11 Abkürzung für die Selbstbezeichnungen Black, Indigenous, and People of Color\*

cen in die Bearbeitung von Ungleichwertigkeitsideologien und die Entwicklung von Angeboten investiert werden, wie Fachkräfte und Adressat\*innen geschützt werden, und wie bei einem Verstoß, nicht nur durch Adressat\*innen, sondern auch durch Fachkräfte, auf institutioneller Ebene reagiert wird. Wichtig ist in diesem Kontext konkret zu benennen, welche arbeitsrechtlichen Sanktionen hier greifen. Schließlich muss in den Überlegungen auch die Gesellschaft durch Angebote und Stellungnahmen adressiert werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des aktuellen Rechtsrucks. Die Konzeption professioneller pädagogischer Arbeit erfordert die Entwicklung und Anwendung von Standards aus einer rassismuskritischen, intersektionalen sowie macht- und herrschaftskritischen Perspektive heraus. Hierbei steht die an qualitative Standards gebundene Fachlichkeit der Fachkräfte für eine gewinnbringende Neuausrichtung von Handlungsstrategien, Materialien und Stellungnahmen im Fokus.

### Literatur

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (2023): Rassismus und seine Symptome. NaDiRa-Bericht 2023. [www.rassismusmonitor.de](http://www.rassismusmonitor.de). (Zugriff 20.11.23).

BAG ReLEX (2023): Salafismus und Salafismusprävention. [www.bag-relex.de](http://www.bag-relex.de). (Zugriff 25.11.23).

Borstel, Dierk/Bozay, Kemal (2020) (Hg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Bozay, Kemal (2023): Die Abwertung der Anderen. Ungleichwertigkeitsideologien in der postmigrantischen Gesellschaft. S. 9-17. [www.lago-bw.de](http://www.lago-bw.de). (Zugriff 25.11.23).

Glatz, Oliver (2022): „Islamisierter“ Antisemitismus. [www.kn-ix.de](http://www.kn-ix.de). (Zugriff 25.11.23).

Heitmeyer, W. (2002): Deutsche Zustände: Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Jugendschutz Net (2021): Nahost-Konflikt für Hassaufrufe instrumentalisiert. [www.hass-im-netz.info](http://www.hass-im-netz.info). (Zugriff 25.11.23).

Karam, Hanan (2021): Imazighen in Deutschland und das B-Wort. <https://disorient.de/magazin/imazighen-deutschland-und-das-b-wort>. (Zugriff: 10.12.23).

Khakpour, Natascha/Mecheril, Paul (2018): Migration. In: Gunther Graßhoff/Renker, Anna/Schröder, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 19- 30.

Kessler, Fabian/Plöber, Melanie (2010): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Eine Einleitung. In: Kessler, Fabian/Plöber, Melanie (Hg.): Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften Fachverlage. S. 7-16.

Küpper, Beate (2016): Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Ideologien der Ungleichwertigkeit. Schriften zur Demokratie. Band 42. Berlin: Arnold Group. S. 21-36.

Melter, Claus (2006): Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe: eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit, Münster/New York/München/Berlin: Waxmann.

Meiering, David (2018): Irritierende ideologische Gemeinsamkeiten: Warum wir von Brücken-Dispositiven sprechen sollten. [www.blog.prif.org](http://www.blog.prif.org). (Zugriff 12.12.23).

Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Küpper, Beate/ Mokros, Nico/ Zick, Andreas (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz Verlag. S. 53-84.

OBR (2022): Monitoring 2021. Zahl rechter Angriffe in NRW wieder gestiegen. [www.opferberatung-rheinland.de](http://www.opferberatung-rheinland.de). (Zugriff 12.12.23).

Said, Edward (2014): Orientalismus. Frankfurt a.M.: Fischer Verlag. 4. Auflage.

Ufuq (2019): Islamistische Initiativen wie „Realität Islam“ profitieren von Leerstellen in Schule und Sozialarbeit. [www.ufuq.de](http://www.ufuq.de). (Zugriff 01.12.23).

Wolf, Ariane (2021): Frauen- und Queerfeindlichkeit. [www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/](http://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/). (Zugriff 25.11.23).

### Autorin

Saloua Mohammed ist Referentin für Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention bei IDA NRW; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Hochschule in Köln; staatl. anerck. Sozialarbeiterin; Trainerin für Diversität und Intersektionalität und rassismuskritische politische Bildnerin. Sie promoviert zu Ungleichwertigkeitsideologien in der Sozialen Arbeit an der Universität zu Köln.

## Stellenausschreibung des IDA e. V. für die Fachstelle IDA-NRW

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) sucht für ein beantragtes Projekt „Antisemitismuskritik und Rassismuskritik zusammendenken - Fachliche Unterstützung für die außerschulische pädagogische Arbeit mit jungen Menschen im Kontext von Terror und Krieg im Nahen Osten“ - vorbehaltlich der endgültigen Bewilligung der in Aussicht gestellten Förderung - möglichst ab dem 01. März 2024 oder später

### eine\*n Mitarbeiter\*in (75 %) für die antisemitismuskritische und rassismuskritische Bildungsarbeit

#### Aufgaben:

- Konzipierung, Durchführung und Dokumentation von Bildungsveranstaltungen für Fachkräfte und Multiplikator\*innen bei öffentlichen und freien Trägern
- Sensibilisierung von Multiplikator\*innen der Jugendarbeit für den Umgang mit Antisemitismus und (antimuslimischem) Rassismus
- Beratung von Fachkräften und Institutionen der Jugendarbeit
- Beantwortung und Organisation von Workshopfragen
- Öffentlichkeitsarbeit und Präsentationen zur Vorstellung des Projektangebots
- Dokumentation und Berichtswesen
- Selbständiges, eigenverantwortliches Arbeiten sowie Teamfähigkeit
- Bereitschaft Bildungsangebote in ganz NRW durchzuführen, gelegentliche Arbeit abends und am Wochenende
- Teilnahme an Fort- und Weiterbildung sowie Team- und Selbstreflexion
- Erfahrung in der Erstellung von Bildungsmaterialien für Multiplikator\*innen, Verfassen von Texten
- Möglichst Kenntnisse in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bereich sozialer Medien (gern auch Canva, Indesign- und Typo3-Kenntnisse)

#### Voraussetzungen:

- Abgeschlossenes Studium in Geistes-/Sozialwissenschaften, Pädagogik oder vergleichbare Qualifikationen
- Sehr gute Kenntnisse in den Themenfeldern Antisemitismus(kritik), Rassismuskritik, Antimuslimischer Rassismus und Intersektionalität
- Erfahrungen in der (politischen) Bildungsarbeit und Jugendbildung (Workshops, Seminare, Vorträge) mit verschiedenen Zielgruppen (haupt- oder ehrenamtlich) und Altersgruppen
- Kenntnisse im Nahostkonflikt und zur politisch-gesellschaftlichen Situation in Israel und Palästina
- Gute kommunikative Kompetenzen, sicherer Umgang mit Konflikten; Arbeitssprache\_ deutsch
- Didaktische Aufbereitung der Bildungsinhalte passend zu verschiedenen Zielgruppen

Die Stelle hat einen Arbeitsumfang von 75 Prozent (ca. 30 Wochenarbeitsstunden). Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L 11. Der Arbeitsort ist Düsseldorf. Homeoffice ist teilweise möglich. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum 31.12.2024. Eine Weiterbeschäftigung über den 31.12.2024 hinaus wird angestrebt.

IDA-NRW arbeitet aktiv an der Entwicklung eines rassismus- und antisemitismuskritischen, diversitätssensiblen und solidarischen Arbeitsumfeldes. Wir ermöglichen unseren Mitarbeitenden, sich im Themenfeld Rassismus, De-/Privilegierung und Empowerment weiterzubilden und schaffen Räume für die Selbst- und Teamreflexion. Bewerbungen von Black, Indigenous bzw. Menschen of Color und weiteren Marginalisierungserfahrungen sind daher ausdrücklich erwünscht, ebenso wird Erfahrungswissen wertgeschätzt und anerkannt.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum 04.02.2024 in einer PDF-Datei von maximal 5 MB an die E-Mail-Adresse [bewerbung@idaev.de](mailto:bewerbung@idaev.de).

Ausführliche Informationen über die Fachstelle IDA-NRW und den Trägerverein IDA e. V. finden Sie unter [www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de) und [www.IDAeV.de](http://www.IDAeV.de).

## Stellenausschreibung für das Projekt Re\_Struct der Fachstelle IDA-NRW

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) sucht für das Projekt **Re\_Struct** der **Fachstelle IDA-NRW** möglichst ab dem 15. Februar 2024 oder später

### eine\*n Mitarbeiter\*in (70 bis 80 %) für die rassismuskritische und intersektionale Bildungsarbeit

#### Aufgaben:

- Konzipierung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen für Fachkräfte und Multiplikator\*innen bei öffentlichen und freien Trägern
- Beratung von Fachkräften und Organisationen
- Beantwortung und Organisation von Workshopenfragen
- Mitwirkung in der Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Pressemitteilungen, Webpräsenz, Instagram, LinkedIn)
- Netzwerkausbau und -pflege zu relevanten Einrichtungen, Initiativen und Akteur\*innen
- Dokumentation und Berichtswesen

#### Wünschenswert:

- Erfahrung in der Erstellung von Bildungsmaterialien für Multiplikator\*innen, Verfassen von Texten
- Kenntnisse im Bereich Rechtsextremismus
- Expertise über weitere Marginalisierungsdimensionen (z. B. differenzierte Rassismustypen wie Anti-Schwarzer- oder Gadge-Rassismus, Antislawismus, Ableismus, ...)
- Kenntnisse in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bereich sozialer Medien (gern auch Canva, Indesign- und Typo3-Kenntnisse)

Die Stelle hat einen Arbeitsumfang von 70 bis 80 Prozent (ca. 28 bis 32 Wochenarbeitsstunden).

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L 11. Der Arbeitsort ist Düsseldorf. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum 31.12.2024. Eine Weiterbeschäftigung über den 31.12.2024 hinaus wird angestrebt.

IDA-NRW arbeitet aktiv an der Entwicklung eines rassismuskritischen, diversitätssensiblen und solidarischen Arbeitsumfeldes. Wir ermöglichen unseren Mitarbeitenden, sich im Themenfeld Rassismus, De-/Privilegierung und Empowerment weiterzubilden und schaffen Räume für die Selbst- und Teamreflexion. Bewerbungen von Black, Indigenous bzw. Menschen of Color und weiteren Marginalisierungserfahrungen sind daher ausdrücklich erwünscht, ebenso wird Erfahrungswissen wertgeschätzt und anerkannt.

Im Re\_Struct-Team gibt es derzeit ein\*e Mitarbeiter\*in of Color und zwei weiß positionierte Mitarbeiterinnen.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum 07.01.2024 in einer PDF-Datei von maximal 5 MB an die E-Mail-Adresse [bewerbung@ida-nrw.de](mailto:bewerbung@ida-nrw.de). Die Bewerbungsgespräche finden voraussichtlich in der 2. oder 3. Kalenderwoche in Düsseldorf statt.

Ausführliche Informationen über das Projekt Re\_Struct bzw. die Fachstelle IDA-NRW und den Trägerverein IDA e. V. finden Sie unter [www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de) und [www.IDAeV.de](http://www.IDAeV.de) oder direkt zum Projekt auch bei Instagram unter [@re\\_struct](https://www.instagram.com/re_struct).

#### Voraussetzungen:

- Hochschulabschluss in Geistes-/Sozialwissenschaften, Pädagogik oder vergleichbare Qualifikationen
- Sehr gute Kenntnisse der Themenfelder Rassismuskritik, Intersektionalität; Grundkenntnisse zu Antisemitismuskritik
- Erfahrungen in der (politischen) Bildungsarbeit (Workshops, Seminare, Vorträge) mit verschiedenen Zielgruppen (haupt- oder ehrenamtlich) und Altersgruppen
- Gute kommunikative Kompetenzen; Konfliktfähigkeit; Arbeitssprache: deutsch
- Didaktische Aufbereitung der Bildungsinhalte passend zur Zielgruppe
- Selbständiges, eigenverantwortliches Arbeiten sowie Teamfähigkeit
- Bereitschaft Bildungsangebote in ganz NRW durchzuführen, gelegentliche Arbeit am Wochenende
- Teilnahme an Fort- und Weiterbildung sowie Team- und Selbstreflexion

## Eine unterfinanzierte Zivilgesellschaft gefährdet die Demokratie - Ein offener Brief

Die derzeitige Ausgabensperre für 2024 der Bundesregierung verhindert die Auszahlung zugesagter Förderungen. Für uns als Organisationen der Zivilgesellschaft hat das dramatische Folgen: Viele der vom Bund geförderten Demokratieprojekte werden Mitarbeitende entlassen müssen. In einigen Fällen werden über Jahre gewachsene Projekte für immer ihre Türen schließen.

Der Grund dafür ist die Ausgabensperre und der noch nicht verabschiedete Haushalt 2024 der Bundesregierung, die die Auszahlung der zugesagten Förderungen für die Projekte bis auf weiteres auf Eis legt. Viele der Projekte haben nicht die Ressourcen, um Gehälter vorzufinanzieren. Es droht das Sterben einer zivilgesellschaftlichen Landschaft, die sich seit Jahren überall in diesem Land für die Stärkung und Verteidigung der Demokratie, die Förderung von Medienbildung und Medienkompetenz, für Vielfalt sowie gegen digitale Gewalt und Desinformation engagiert.

Dabei ist unsere Demokratie so stark bedroht wie noch nie - durch den Rechtsextremismus, durch die Vertrauenskrise, durch Antisemitismus, Islamismus, Rassismus, Antiziganismus und Queerfeindlichkeit sowie durch Angriffe auf Amts- und Mandatsträger und -trägerinnen.

Gefährdet sind die Arbeitsplätze, die bei anhaltendem Stopp der Bewilligung von Anträgen, der Weigerung Mittel zuzuweisen und der sowieso fehlenden strukturellen Förderung nicht gehalten werden können. Menschen, die sich mit großem Engagement, viel Wissen und Mut engagieren, werden ihren Arbeitsplatz verlieren und damit ist die inhaltliche und praktische Umsetzung der Arbeit nicht mehr möglich.

Wir brauchen jetzt die sofortige Freigabe der Fördermittel. Nur so kann die Weiterarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen gesichert werden. Und nur so können unsere Organisationen sich gegen die Vertrauenskrise vieler Menschen in den demokratischen Staat, für rechtsstaatliche Antworten auf die aktuellen Krisen, nicht zuletzt auch für eine klare Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Tendenzen, die sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreiten, einsetzen. Eine Bewilligung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn reicht nicht aus, da die eigenen Mittel der Vereine und Institutionen zu beschränkt sind, um auf eigene Kosten mit der Umsetzung der Projekte zu beginnen.

#### Wir fordern:

- Aufhebung der Ausgabensperre für die Fördermittel der zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Bezug auf Projekte, die im Haushaltsentwurf angelegt sind,
- die zügige Umsetzung des seit über zehn Jahren

immer wieder angekündigten Demokratiefördergesetzes,

- stärkere und dauerhafte strukturelle Förderung und mehr Durchlässigkeit bei der Förderung,
- keine Einsparung bei der Förderung und Finanzierung aller Projekte und Institutionen, die sich für unsere liberale Demokratie einsetzen. Der Gestaltungsspielraum für zivilgesellschaftliche Arbeit darf nicht weiter eingeschränkt werden, sondern muss gerade in diesen Zeiten stärker ausgebaut werden, um unser demokratisches Gemeinwesen zukunftsfähig gestalten zu können.

#### Erstunterzeichner\*innen

01. adis e. V.
02. Akademie Waldschlösschen Stiftung Rainer Marbach und Ulli Klaum
03. Amadeu Antonio Stiftung
04. Antidiskriminierungsforum Saar e. V.
05. Antidiskriminierungsverband Deutschland e. V.
06. Annette Joggerst, Antidiskriminierungsberaterin
07. basis & woge e. V.
08. betterplace lab
09. betterplace.org
10. BfDA Stuttgart
11. bUm - Raum für solidarisches Miteinander
12. Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e. V.
13. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus
14. Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V.
15. CLAIM
16. Courage - Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V. (NDC in Sachsen)
17. Cultures Interactive e. V.
18. Das NETTZ
19. Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe)
20. Deutsches Kinderhilfswerk e. V.
21. Distanz e. V.
22. Each One Teach One e. V.



23. elly - Beratung für Betroffene von Hatespeech in Thüringen
24. Fachstelle für Jugendmedienkultur NRW
25. Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung/ ISTA/ INA Berlin gGmbH
26. FITT - Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gem. GmbH
27. Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
28. Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
29. gut.org gAG
30. HateAid
31. Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Beteiligung und Inklusion von Sinti und Roma in Deutschland
32. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA e. V.)
33. Initiative Offene Gesellschaft e. V.
34. Jugendbildungsstätte LidiceHaus gGmbH
35. korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e. V.
36. Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V.
37. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)
38. Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.
39. mitMachen e. V.
40. Modus | Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH
41. Mosaik Deutschland e. V.
42. Nava Zarabian - Politische Bildnerin
43. Neue deutsche Medienmacher\*innen e. V.
44. neue deutsche organisationen - das postmigrantische netzwerk e. V.
45. Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. (NDC)
46. Opferberatung Rheinland (OBR)
47. Opferperspektive e. V.
48. Schwulenberatung Berlin gGmbH
49. Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.
50. Ufuq e. V.
51. Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.)
52. Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V., Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
53. Violence Prevention Network gGmbH
54. Volksverpetzer VVP gUG
55. Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.

Weitere Unterzeichner\*innen:

offene für weitere Unterzeichner\*innen (gerne per Mail an [info@das-netz.de](mailto:info@das-netz.de))

### Info Pool Rechtsextremismus der bpb

Wie wandelt sich Rechtsextremismus? Wie lässt sich die Zuwendung zu rechtsextremen Szenen erkennen? Und wie können Beratung und Ausstieg gelingen?

Der **InfoPool Rechtsextremismus** bietet **praxisbezogene Hintergrundinformationen**, um die Arbeit gegen rechtsextreme Einstellungsmuster zu stärken. Das Online-Portal richtet sich an alle Berufsgruppen, die mit dem Thema in Berührung kommen - in Schule, Sozialer Arbeit, politischer Bildung, aber auch in der öffentlichen Verwaltung oder Sicherheitsbehörden. Das Angebot wird kontinuierlich erweitert: Neue **Themenschwerpunkte** und zugehörige Artikel - etwa zu unterschiedlichen Ansätzen der Präventionsarbeit, zum Ausstieg aus der rechten Szene oder zum Umgang mit Reichsbürgern - erscheinen quartalsweise.

In unserem ersten Schwerpunkt widmen wir uns grundlegenden Entwicklungen im Themenfeld Rechtsextremismus sowie den verschiedenen Ansätzen von Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention. Zudem schauen wir auf die Rolle von Sicherheitsbehörden, Schulen und politischer Bildung im Kontext Rechtsextremismusprävention.

Besuchen Sie den InfoPool Rechtsextremismus online unter:

[www.bpb.de/infopool](http://www.bpb.de/infopool)

## TERMINE

### Fachtag „Antifaschismus und Glaube“

Termin: 17. Februar 2024, 11-17 Uhr  
 Ort: Essen  
 Infos: KJG Bundesstelle  
 Kontakt: [info@ajs.nrw](mailto:info@ajs.nrw)  
<https://mida.kjg.de/Bundesstelle/?veranstaltung=6162>

### Workshop „Weißsein und Rassismuskritik“

Termin: 6. Februar 2024, 10-16 Uhr & 28. Februar, 10-16 Uhr  
 Ort: online  
 Infos: FUMA Fachstelle für Gender & Diversität  
<https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/weisssein-und-rassismuskritik/>

### Workshop „Powersharing für BIPOC Fachkräfte“

Termin: 20. März 2024, 10-13 Uhr  
 Ort: Online  
 Infos: FUMA Fachstelle für Gender & Diversität  
<https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/digital-powersharing-fuer-bipoc-fachkraefte/>

### Seminar „Gadje-Rassismus & Co.“

Termin: 21. März 2024, 11-12:30 Uhr  
 Ort: online  
 Infos: FUMA Fachstelle für Gender & Diversität  
<https://www.gender-nrw.de/veranstaltungen/gadje-rassismus-co/>

### Fortbildung „VIR-Trainer\*innen-Ausbildung“

Termin: 3. bis 6. Juni 2024  
 Ort: Bielefeld  
 Infos: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e. V.  
<https://www.vir.nrw.de/>

IDA-NRW wird gefördert vom

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



Online-Ausgabe

[www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/](http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/)